

Wilfried Buchta

Die Strenggläubigen

Fundamentalismus
und die Zukunft
der islamischen Welt

Hanser Berlin

1 2 3 4 5 20 19 18 17 16

ISBN 978-3-446-25293-6

© Hanser Berlin im Carl Hanser Verlag München 2016

Alle Rechte vorbehalten

Satz: Greiner & Reichel, Köln

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

Printed in Germany



MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C083411

Inhalt

Einleitung 7

- 1 Vom Nationalismus zum Fundamentalismus:
Die arabische Welt und die Rolle des Westens 17
- 2 Feinde auf ewig? Vom Schisma zwischen Sunniten
und Schiiten und seinen Folgen 58
- 3 Irans Revolution von 1979 und die Geburt des
schiitischen Fundamentalismus 77
- 4 Die saudische Hydra und die bösen Zwillinge
al-Qaida und IS 119
- 5 Der Islam ohne Reformation oder: Machterhalt
vor geistiger Erneuerung 159
- 6 Die Kriege in Nahost. Ein Überblick 188
- 7 Der Nahe Osten im Jahr 2026: ein Szenario 214

Einleitung

Am 2. Januar 2016 ließ das Regime in Saudi-Arabien Nimr al-Nimr hinrichten, einen bekannten, bereits seit Jahren inhaftierten oppositionellen Schiitenprediger. Zusammen mit Nimr exekutierte es auch über vierzig andere saudische Oppositionelle, allesamt mit dem »Islamischen Staat« (IS) oder al-Qaida verbundene sunnitische Dschihadisten. Diese Exekutionen werfen ein Schlaglicht darauf, worum es unter anderem in diesem Buch gehen soll, nämlich um den teils ideologisch-religiös, teils militant ausgefochtenen Kampf, den islamische Fundamentalisten sowohl gegeneinander als auch gegen die westliche Moderne führen. Das Regime in Riad fühlte sich durch die einheimischen saudischen Schiiten wie auch durch die IS-Oppositionellen in einem solchen Maße bedroht, dass es ein abschreckendes Exempel statuieren und ein Zeichen der Stärke setzen wollte, um so vor allem nach innen seine Machtlegitimation abzusichern, die auf islamischer Strenggläubigkeit und Härte gründet. Die damit zugleich nach außen gerichtete Botschaft war ebenso unmissverständlich. Sie lautete: Saudi-Arabiens Wahhabiten nehmen es mit ihren zwei ärgsten fundamentalistischen Gegnern auf, sei es der religiös-ideologisch mit den Wahhabiten fast identische IS, der seit 2014 immer mehr Zulauf unter vielen jungen frommen Saudis erfährt, sei es der Iran, die traditionelle Anlehnungsmacht aller – und damit auch der saudischen – Schiiten des Nahen Ostens. Der Iran ist und bleibt Riads großer Antipode, mit dem es seit der Iranischen Revolution von 1979 um die Macht in der Region rivalisiert.

Inzwischen, im Jahr 2016, sehen wir, wie die Kernstaaten des

Nahen Ostens, Syrien und Irak, als Ergebnis eines lange zuvor schon einsetzenden Zerfalls nationalstaatlicher Strukturen, aber auch von Interventionen externer Akteure und von Bürgerkriegen zerbrechen. Gleichzeitig sehen wir einen stetig eskalierenden Konflikt zwischen islamisch-fundamentalistischen Staaten und Organisationen, die wie der Iran und Saudi-Arabien in Syrien und im Irak einen Stellvertreterkrieg ausfechten. Der Verlauf und die Ergebnisse dieser Konfrontation werden mit darüber entscheiden, wie die Zukunft der Region aussehen und ob die Sicherheit Europas bewahrt bleiben wird. Der Verlauf dieser Stellvertreterkriege geht Europa auch deswegen an, weil es der Kontinent ist, der bereits jetzt von Flüchtlingsströmen überfordert ist und sich wachsender Gefahr durch dschihadistischen Terror ausgesetzt sieht, beides Phänomene, die auf die eine oder andere Weise mit dieser Konfrontation zusammenhängen.

Doch wen meinen wir, wenn wir von islamischen Fundamentalisten reden? Dazu kurz eine Definition dessen, was ich hier unter Fundamentalismus verstehe und was sich zum allergrößten Teil mit dem heute überwiegend von Islamwissenschaftlern benutzten Begriff Islamismus deckt. Demnach handelt es sich um weltanschauliche Bestrebungen zur Umgestaltung von Gesellschaft, Kultur, Staat oder Politik auf der Grundlage von Werten und Normen, die als islamisch angesehen werden. Mit anderen Worten: Im Mittelpunkt der Ideologie der Fundamentalisten steht das Ziel, einen Zustand politischer, kultureller und gesellschaftlicher Legitimität zu schaffen, in dem die »wahren« islamischen Werte und Normen gelten. Vielfach versuchen die Fundamentalisten diesen Zustand zu verwirklichen, indem sie auf die ihrer Ansicht nach im Laufe der Geschichte bis zur Unkenntlichkeit überwucherten Fundamente des Glaubens zurückgreifen. Diese sehen sie wiederum in ihrer echten und reinen Form in der idealisierten Frühzeit des Islam, also dem 7. Jahrhundert, verwirklicht. Allerdings herrschte und herrscht unter den verschiedenen Strömungen und Gruppen der Fundamentalisten Dissens darüber, was genau unter den »wahren« isla-

mischen Werten zu verstehen sei. Das kann nicht verwundern, zumal viele von ihnen sich in subjektiver und selektiver Weise Werten und Normen bedienen, die sie aus der breiten religiösen, politischen und kulturellen Tradition des Islam auswählen und denen sie Deutungen unterlegen, die ihren politischen Zielen dienlich sind.

Bisweilen aber zeigen sich Fundamentalisten – insbesondere in ihren schiitischen Spielarten – erstaunlich flexibel, wenn es darum geht, neue ideologische Elemente zu schaffen oder moderne Elemente, etwa aus der Demokratie, in Anspruch zu nehmen, gemäß ihrer Lesart umzudeuten und ihren Zielen anzupassen. Beispielhaft dafür ist das von Ayatollah Khomeini im Iran geschaffene theokratische Regierungskonzept der »Rechtsgelehrtenherrschaft«, das in der schiitischen Theologie eine Innovation, ja mehr noch: eine Revolution darstellt. Ihre Innovationsfähigkeit bewiesen die schiitischen Fundamentalisten auch, als sie 1979 nach dem Sturz der Schah-Monarchie dem Iran eine neue Staatsform gaben und zu diesem Zweck eine Verfassung erarbeiteten. In ihr verschmolzen sie auf schöpferische Weise das Theokratiekonzept von Khomeini mit Elementen westlicher Demokratie, etwa mit den alle vier Jahre stattfindenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, Wahlen, wie sie Irans Hauptrivale Saudi-Arabien nicht kennt. Die daraus erwachsene hybride Regierungsform verleiht der Islamischen Republik Iran seither eine Vitalität und Stabilität, die größer ist als die der meisten Nachbarstaaten.

Irans relative Stabilität im regionalen Umfeld fällt gerade in diesen Zeiten besonders ins Auge, denn jeder, der die Nachrichtenlage verfolgt, sieht mit einer Mischung aus Unverständnis, Sorge und Schrecken, wie sich die Staatenordnung des Nahen Ostens aufzulösen beginnt. Und in der Tat toben in dieser östlich des Mittelmeers gelegenen Region, die sich von der Arabischen Halbinsel und dem Iran bis nach Ägypten und Libyen erstreckt, mittlerweile vier Bürgerkriege, nämlich im Irak, in Syrien, im Jemen und in Libyen. Immer deutlicher wird, dass die

nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reichs von den europäischen Kolonialmächten geschaffene Ordnung säkularer Nationalstaaten, die primär auf dem zwischen London und Paris geschlossenen Sykes-Picot-Abkommen von 1916 fußte, größtenteils und unwiderruflich zerbrochen ist. Mehr und mehr formen sich auf den Territorien der Bürgerkriegsstaaten die Umrisse von neuen und kleineren Protostaaten auf rein konfessioneller oder ethnischer Grundlage. Dazu gehören die zwei autonomen Kurdenregionen im Irak und in Syrien, das transnationale sunnitisch-dschihadistische IS-Kalifat, der Rumpfstaat von »Schiastan« in Bagdad und im Südirak, das syrische »Alawitistan« der Assad-Diktatur in Damaskus und andere Teilstaaten im Jemen und in Libyen.

Manche Beobachter und Experten in Deutschland erklären unermüdlich, dass der Zerfall dieser Staatenordnung erst 2011 mit dem Scheitern des Arabischen Frühlings einsetzte. Andere behaupten, er sei vor allem eine Folge der US-Invasion im Irak. Ich bin anderer Meinung. Obwohl an beiden Erklärungsansätzen viel Wahres ist, glaube ich, dass sie allein zu kurz greifen, da die Konzentration auf diese beiden Faktoren den Blick auf mehrere andere, ebenfalls für die aktuelle Krise verantwortliche Entwicklungslinien verstellt. Eine davon nimmt ihren Anfang bereits in der frühislamischen Geschichte, genauer gesagt mit dem sunnitisch-schiitischen Schisma im 7. Jahrhundert unserer Zeitrechnung. Eine andere Entwicklungslinie geht auf das Jahr 1979 zurück, das Jahr, als der moderne islamische Fundamentalismus im Zuge der Iranischen Revolution einerseits und der Mekka-Revolution andererseits geboren wurde, die jeweils die schiitisch-revolutionäre und die sunnitisch-dschihadistische Spielart des Fundamentalismus auf die politische Weltbühne treten ließen. Dort erstritten sie sich sukzessive ihre Parts als Rivalen des weitaus älteren sunnitisch-wahhabitischen Fundamentalismus in Saudi-Arabien.

Viele Beobachter verkennen außerdem, wie folgenreich eine dritte Entwicklungslinie ist. Sie ist verbunden mit dem Aufstieg

und dem letztlichem Scheitern der Ideologie des säkularen arabischen Nationalismus. Dieser hatte sich im Ordnungsrahmen der künstlichen Nationalstaaten entfaltet, die von den europäischen Kolonial- und Mandatsmächten in der Folge des Ersten Weltkriegs geschaffen worden waren. Und in der Tat erlebten nationalistische Militärregimes, sei es unter Nasser in Ägypten, Ben Bela und Boumedienne in Algerien, Gaddafi in Libyen, Hafiz al-Assad in Syrien und Saddam Hussein im Irak zwischen den 1950er und den 1980er Jahren eine Hochzeit. Ihre Ideologien, die nach außen Freiheit gegenüber den alten Kolonialmächten und dem neuen Imperialismus der USA, nach innen aber soziale Entwicklung und wirtschaftliche Industrialisierung propagierten, bannten und begeisterten jahrzehntelang den Großteil ihrer jeweiligen Völker. Doch mit den Niederlagen der arabischen Staaten in den Kriegen gegen Israel begann die ideologische Strahlkraft des arabischen Nationalismus immer mehr zu verblassen. Und mit Saddam Husseins missglücktem Kriegsabenteuer in Kuwait wurde ihm letztlich der Todesstoß versetzt. In der Folge hatte der islamische Fundamentalismus kein attraktives, die Massen begeisterndes ideologisches Gegengewicht bzw. Gegenmodell mehr und erlebte somit auch und gerade politisch einen enormen Machtzuwachs.

In verkürzter und einseitiger Weise argumentieren heute viele westliche Nahostbeobachter, die Entstehungsursachen der heutigen Krise hätten fast ausschließlich mit – lediglich religiös verbrämten – Interessenkonflikten über die Verteilung von Macht und wirtschaftlichen Ressourcen zu tun. Dem widerspreche ich entschieden, und zwar auf der Basis von Erfahrungen, Erlebnissen und Einsichten aus insgesamt 14 Jahren, die ich in fünf islamischen Ländern gelebt und gearbeitet habe. Meiner Ansicht nach unterschätzen und ignorieren diese Beobachter, welche konflikttreibende und -verursachende Wirkung Faktoren wie religiöse Konfession und Ethnie haben können. In allen Ländern des Nahen Ostens, auch in denen, die derzeit noch stabil sind, spielen sie eine zentrale Rolle. Ganz besonders aber

kommen sie in den Bürgerkriegsstaaten Irak und Syrien zum Tragen, Ländern, in denen für die große Mehrheit der Bevölkerung Kategorien wie nationale Identität und Solidarität jede Bedeutung verloren haben. Schuld daran sind die seit Jahrzehnten herrschenden korrupten, egoistischen und repressiven Machteliten. Ihr Versagen bei der Sicherung der Daseinsvorsorge und der wirtschaftlichen Entwicklung hat dazu geführt, dass Staat und Regierung in den Augen vieler Iraker und Syrer jede Legitimation eingebüßt haben. Als sich die Auseinandersetzungen zwischen Verteidigern und Gegnern des bisherigen politischen Systems schließlich zuspitzten und gewaltsam eskalierten, so dass jede politische und soziale Ordnung aus den Fugen geriet, fanden große Volksgruppen ihre letzte Zuflucht in den Gruppenidentitäten von Konfession und Ethnie. Letztere sind bis heute für die Mehrheit der Iraker und Syrer der einzige verlässliche Identitätsanker in einer schwankenden Welt. Nur sie vermitteln ihnen ein Gefühl von Gemeinschaft und Solidarität. Nur sie bieten in Gestalt von Bürgerwehren und Milizen der Mehrheit ausreichend Halt und Schutz sowie nicht zuletzt für manche Individuen auch ein wirtschaftliches Auskommen als Milizionäre oder Söldner.

Für viele im Westen ist Ethno-Konfessionalismus ein ganz und gar unangenehmes Thema, weil er so unkontrollierbar und destruktiv ist und sich, zumal in Zeiten des Krieges, zu enthemmter Mordlust und Rachgier steigern kann. Alle diese Eigenschaften wiederum machen ihn unvereinbar mit den rationalen Zivilisationsnormen und Verhaltensmaximen der westlichen demokratischen Moderne, von denen hiesige Zivilisationsoptimisten unverdrossen behaupten, dass sie, weil angeblich universell gültig, auch im Nahen Osten durchsetzbar seien. Hinter dieser Denkweise verbirgt sich ein universalistisches Fortschrittscredo von westlicher Moderne und Demokratie, das nicht nur auf maßlosem Optimismus gründet, sondern auch die Realität verkennt. Der Traum, Demokratie sei eine quasi naturgesetzliche Kraft, die alle Hindernisse von Religion, Kultur

und Geschichte überwindet, zerschellt derzeit in Nahost an der Wirklichkeit. Die Hoffnung, die Staaten der islamischen Welt würden sich im Zuge des technischen Fortschritts und der Internet-Datenglobalisierung früher oder später auch politisch und kulturell dem demokratischen Westen angleichen, ist und bleibt eine Illusion. Trotzdem lebt diese Illusion bis heute bei zahlreichen Vertretern der politischen Klasse und der Medienelite Deutschlands fort. Bis heute negiert der Westen in selbstbezogener Verblendung ein wichtiges politisches Faktum, nämlich dass sich Europäer und Bewohner des Nahen Ostens in gefühlsmäßig unterschiedlichen Zeiten, Kulturen und Bewusstseinszuständen befinden. Wenn man den Nahen Osten und Europa politisch und kulturhistorisch vergleichen wollte, käme man – auch wenn solche Vergleiche immer etwas hinken – dennoch unvermeidlich zu dem Schluss, dass der Nahe Osten in einer Art vorwestfälischen Phase staatlicher Ordnung verharret.

Im kollektiven Gedächtnis der meisten Menschen Europas hat sich der Dreißigjährige Krieg, der nach dem Prager Fenstersturz vom Mai 1618 begann und mit dem Westfälischen Frieden und den Verträgen von Münster und Osnabrück 1648 endete, fest eingepägt. Das liegt vor allem daran, dass dieser Krieg, in dem die Heere des katholischen Kaisers und Führers des universalen Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und die Heere seiner Feinde, der protestantischen Fürsten, unversöhnlich gegeneinander kämpften, nicht nur halb Europa in Schutt und Asche legte, sondern auch einem Viertel der europäischen Bevölkerung den Tod brachte. Vielerorts waren die wirtschaftlichen und sozialen Schäden dieses langen und grausamen Schlachtens noch hundert Jahre später spürbar. Was aber noch bedeutsamer an diesem Krieg war, der nach militärischer und wirtschaftlicher Erschöpfung beider Seiten in einem Patt endete, waren seine politischen, staatsrechtlichen und kulturhistorischen Folgen, die bis heute fortwirken und ohne die es nie zum Aufbau einer neuen internationalen Staatenordnung gekommen wäre.

Der Krieg beschleunigte und verfestigte die Herausbildung moderner Nationalstaaten, die nicht mehr primär auf dem konfessionell-religiösen Bekenntnis ihrer Herrscher oder der Bevölkerungsmehrheit, sondern auf dem Konzept staatlicher Souveränität gründeten. Er trieb den Säkularismus, die Trennung von Staat und Religion, voran und verankerte durch überall in Europa erlassene Toleranzedikte ein bisher nicht gekanntes Maß an Toleranz von religiösen Minderheiten, die nun weitaus stärker als zuvor vor Diskriminierung, Zwangsbekehrung, Enteignung, Vertreibung und Mord geschützt waren. Spätestens seit Ende des 18. Jahrhunderts, nach Aufklärung und Französischer Revolution, war der Säkularismus zum elementaren Prinzip der europäischen Moderne geworden und prägte alle westlichen und vom Westen geprägten Staaten.

Umgekehrt sind fast alle Staaten des Nahen Ostens, darunter auch die mächtigen Rivalen und Schutzmächte der Sunniten und der Schiiten, Saudi-Arabien und der Iran, von so etwas wie Säkularismus weit entfernt. Der Gedanke einer religionspolitischen Neutralität ist in dieser Region für Machthaber wie auch Oppositionelle, die an unumstößlichen Glaubensdogmen festhalten, vollkommen abwegig. Denn jede der beiden Seiten betrachtet die jeweils andere als religiöse Abweichler und sich selbst als Besitzer der reinen und vollständigen religiösen Wahrheit. Dass solche Sichtweisen Konflikte schüren, verschärfen und verlängern, liegt auf der Hand. Mögen die Einführung und Durchsetzung einer Trennung von Staat und Religion auch theoretisch möglich sein, so wäre diese doch konkret schwer zu verwirklichen.

Der Islam kennt seit den Lebzeiten des Religionsstifters Mohammed keine solche Trennung. Vielmehr hält er an der Verschmelzung beider Sphären fest, idealtypisch vom Propheten selbst verkörpert, der Glaubensdeuter und Staatsmann in einem war. Infolgedessen ist eine Säkularisierung, die von innen kommt, in der arabischen Welt derzeit nicht in Sicht. Zwar hat es zwischen den 1920er und 1970er Jahren in einigen Län-

dern Versuche von autoritären Regimes oder nationalistischen oder sozialistischen Militärdiktatoren gegeben, Staat und Gesellschaft mit Druck und Gewalt ganz oder teilweise zu säkularisieren, doch haben sie allenfalls oberflächliche Spuren hinterlassen. Schlimmer noch: Häufig führte dieser Druck am Ende dazu, dass das Konzept des Säkularismus bei der Mehrheit der Bevölkerung diskreditiert und als von »westlichen Teufeln« zusammengemischter Giftrunk zur Vernichtung des Islam scharf zurückgewiesen wurde. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, beispielsweise in Tunesien oder der Türkei, blieben derlei Säkularisierungsversuche daher allesamt erfolglos – und selbst in der Türkei ist eine zuletzt von Präsident Erdoğan massiv geförderte Tendenz zum Rückbau der Säkularisierung wie auch der Demokratie insgesamt zu beobachten.

Mit Ausnahme von Israel – und allenfalls noch Tunesien und der Türkei – hat die Demokratie offenkundig nirgendwo in der Region eine Chance, dauerhafte Wurzeln zu schlagen. Stattdessen herrschen autoritäre und hochrepressive nationalistische Militärregimes, mit harter Hand regierende, konservative Monarchien oder (wie im Iran und im IS-Staat) Theokratien sowie viele auf tribal-ethnische Machtbündnisse gestützte Warlord-Regimes (Jemen und Libyen). Hinzu kommt, dass inmitten einer sich allmählich auflösenden nationalstaatlichen Ordnung in Nahost alte, wiederaufflammende konfessionelle Konflikte zwischen strenggläubigen Sunniten und Schiiten von Saudi-Arabien und dem Iran dazu genutzt werden, den historischen Streit über die Hegemonie in der Region für sich zu entscheiden.

Das vorliegende Buch versucht aufzuzeigen, welche Hintergründe und Faktoren zu dieser für Europa immer brisanteren Lage in der Region geführt haben. Im Zentrum stehen dabei der Niedergang des arabischen Nationalismus, das unverheilte Glaubensschisma zwischen Schiiten und Sunniten, die auf den schiitischen und sunnitischen Fundamentalismus als Katalysator wirkenden Ereignisse des Jahres 1979 in Gestalt der Iranischen Revolution und der Mekka-Revolte sowie nicht zu-

letzt das Scheitern religiöser Reformer und der Zerfall des religiös-kulturellen Pluralismus in der islamischen Welt. Alle diese Faktoren wirken ineinander und bilden den Hintergrund für das Verständnis eines Szenarios am Ende des Buches, das zeigen soll, welche Entwicklungspfade der Nahe Osten bis zum Jahr 2026 möglicherweise nehmen könnte.

Vom Nationalismus zum Fundamentalismus: Die arabische Welt und die Rolle des Westens

Die post-osmanische Staatenordnung
von Sykes-Picot

Seit der US-Invasion im Irak 2003 und mit dem Scheitern der 2011 angelaufenen demokratischen Massenproteste gegen jahrzehntelang herrschende Autokraten in Libyen, Tunesien, Ägypten, Syrien und im Jemen zerbrechen immer weitere Teile der Staatenwelt des Nahen Ostens. Der Arabische Frühling ist gescheitert, und fast überall folgte auf ihn ein »Arabischer Winter«. Dessen Markenzeichen sind die Rückkehr von Militärdiktaturen wie in Ägypten und der Zerfall ganzer Staaten im Gefolge von Bürgerkriegen wie im Fall von Syrien, Libyen und dem Jemen. Lediglich der Demokratieaufbau in Tunesien scheint eine Ausnahme von diesem Entwicklungsmuster zu bilden, allerdings eine mit ungewissem Ausgang, denn die fragile Machtbalance zwischen demokratischen und islamistischen Kräften steht auf der Kippe. Ein dauerhafter Erfolg der tunesischen Demokratiebewegung ist längst nicht ausgemacht. Geplatzt sind jedenfalls die Illusionen von vielen Beobachtern im Westen, die den Arabischen Frühling euphorisch begrüßten, aber zu wenig über die in ihm wirkenden Triebkräfte und Kräfteverhältnisse wussten, weshalb sie sich allzu sehr in demokratischen Wunschträumen wiegten.

Von 2016 aus zurückblickend, wird eines deutlich: Die Demokratieproteste haben einen bereits seit langem unter der Oberfläche verborgenen Zerfallsprozess von Nationalstaaten ohne echte Staatlichkeit beschleunigt, der nun, da sich die Grenzen

zwischen Syrien und dem Irak aufgelöst und da sich auf deren Territorien sowie in Libyen und dem Jemen schon etliche kleine Protostaaten gebildet haben, unumkehrbar geworden zu sein scheint. Grenzen, die nach 1918, als das Osmanische Reich infolge seiner Niederlage im Ersten Weltkrieg alle seine arabischen Provinzen verlor, von den Kolonialmächten gezogen wurden, verlieren ihre Gültigkeit. Ein Jahrhundert später gelangt die postkoloniale Übergangsepoche im Nahen Osten an ihr Ende, ohne dass irgendwo bereits feste Konturen einer neuen arabischen Ordnung erkennbar wären.

Ein kurzer historischer Überblick über die wichtigsten politischen Entwicklungslinien innerhalb dieser hundert Jahre mag dabei helfen, die komplexe aktuelle Situation und die augenfälligen Schwierigkeiten der Araber, Nationalstaaten zu bilden und zu erhalten, in einem größeren Zusammenhang zu sehen.

Von den arabischen Kalifen zu den türkischen Osmanen-Sultanen

Das Osmanische Reich (1302–1922) war ein multireligiöser Vielvölkerstaat, regiert von sunnitischen Sultanen aus der türkischen Herrscherdynastie des Reichsgründers Osman (gest. 1326). Es war das letzte der drei großen sunnitisch-islamischen Weltreiche. Die ersten beiden, das Omayyaden-Reich in Damaskus (661–750) und das Abbasiden-Reich in Bagdad (750–1258), standen noch ganz im Zeichen von arabischen Kalifendynastien, deren Herrscher ihre genealogische Herkunft auf den mekkanischen Stamm der Quraisch, den Stamm des Propheten Mohammed, zurückführten. Der Kalif (arabisch: *khali-fa*, »Nachfolger«) war demnach der Stellvertreter des Propheten Mohammed als Hüter der islamischen Moral und des territorialen Erbes des Religionsstifters. Er sollte einerseits die Glaubensfundamente des Islam wahren und durchsetzen und andererseits die politische Ordnung und Einheit der islamischen

Gemeinschaft, der *umma*, schützen. Das geistliche Amt des Propheten, nämlich dessen Funktion als Überbringer der Offenbarung und letztendlicher Interpret von Gottes Wort, kam ihm freilich nicht zu.

Ab dem 9. Jahrhundert wurden die arabischen Kalifen in der Hauptstadt Bagdad immer abhängiger von den mächtigen Kommandeuren ihrer eigenen Palastgarden aus türkischen Kriegern oder den Anführern der großen türkischen Seldschuken-Stämme. Von den Kalifen mit dem Titel »Sultan« (arabisch für »Herrschaft«) ausgestattet, übten schließlich lange Zeit türkische Palastkommandeure die wahre Herrschaft aus. Sie degradierten die Kalifen auf den Status von Marionetten, die sie zur eigenen Machtlegitimation brauchten. Denn allein den Kalifen kam die symbolträchtige Aufgabe zu, als religiöse und politische Herrscher die Einheit der globalen islamischen Gemeinschaft zu wahren und die Gültigkeit der Scharia, des islamischen Gesetzes, zu gewährleisten. Dahinter steht eine Vorstellung, deren Bedeutung gar nicht zu überschätzen ist und die sich bis heute bei ansonsten grundverschiedenen islamischen Regimes, gleich ob Marokko, Jordanien, Saudi-Arabien oder Iran, wiederfinden lässt: Politische Autorität muss religiös legitimiert sein, ansonsten zerbricht sie und mit ihr die Macht des Herrschers.

Nach der Vernichtung des Abbasiden-Reichs als Folge des Mongolensturms durch Dschingis Khan, der 1258 Bagdad eroberte, zerfiel die islamische Welt in eine Vielzahl von kurzlebigen Kleinstaaten mit zumeist türkischen oder mongolischen Herrschern. Ausgerechnet das Volk, das den Propheten des Islam hervorbrachte, das Volk, in dessen Sprache Gott den Koran, das heilige Buch des Islam, der Menschheit offenbart haben soll, das Volk, dem der Islam in den ersten drei Jahrhunderten nach Mohammed die territorial größte politische Machtentfaltung und höchste kulturelle und intellektuelle Blüte verdankte, hatte ab dem 13. Jahrhundert in der islamischen Welt machtpolitisch nichts mehr zu sagen. Und auch innerhalb des Osmanischen Reichs, das spätestens 1453 nach der Eroberung Konstantino-

pels, der Hauptstadt des zusammengeschmolzenen griechisch-orthodoxen Byzanz, zum Weltreich avancierte, spielten Araber nur noch eine untergeordnete Rolle. Lediglich bei der Pflege und der Lehre des islamischen Rechts, der Scharia, ließen die Osmanen-Sultane die Autorität ihnen treu ergebener und von ihnen finanziell ausgehaltener sunnitischer arabischer Religionsgelehrter, der *ulama*, gelten, denn sie sicherte ihre eigene religiöse Machtlegitimation ab.

Auch die Osmanen-Sultane traten als kämpferische Siegelbewahrer des orthodoxen sunnitischen Islam auf. Herausgefordert wurden sie dabei vor allem von den schiitischen Safawiden-Schahs, die 1501 den Iran erobert und dessen Bevölkerung zum schiitischen Islam bekehrt hatten. Ein dem Mongolenmassaker in Bagdad entronnener Nachkomme des letzten Abbasiden-Kalifen hatte bei den Mameluken-Sultanen in Ägypten, ihres Zeichens Rivalen der Osmanen, Asyl gefunden und wurde dort als Schattenkalif ohne greifbare Macht geduldet. Als die Osmanen 1517 Ägypten eroberten, übergab er in Kairo das Kalifat an Selim I., den osmanischen Eroberer, der auf diese Weise der erste in einer Reihe von rechtmäßigen osmanischen Kalifen wurde.

Anders als in Europa, in dem sich ab dem 16. Jahrhundert aus dem engen Rahmen christlich-universalistischer Staatsideen heraus schrittweise Nationalstaaten entwickelten, sollte im Osmanischen Reich bis ins frühe 20. Jahrhundert der Islam das allein maßgebliche Prinzip für die staatliche und gesellschaftliche Ordnung bleiben, verkörpert in der universalen islamischen Monarchie der türkischen Sultan-Kalifen. Der Gedanke einer Gruppen- bzw. einer nationalen Identität hielt erst ab 1798, dem einprägsamen Epochendatum von Napoleons Ägypten-Feldzug, im Orient Einzug und war letztlich eine Reaktion auf den zunehmenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einfluss der europäischen Mächte. Anders ausgedrückt: Es gab in der Osmanen-Zeit seitens der Araber, Kurden und anderer sunnitisch-islamischer Völker keine Versuche, eigene Staaten auf der Grundlage ihrer jeweiligen Nationalidentität zu bil-

den, denn schließlich begriffen sie sich als Teil der islamischen Weltgemeinschaft. Solange das Osmanische Reich über Arabien herrschte, etwa 500 Jahre, genossen Sunniten eine selbstverständliche Vorrangstellung, wobei unter ihnen wiederum die Türken in der Armee sowie in der Administrationseleite den Ton angaben. Der türkische Sultan herrschte über zahlreiche Völker, Konfessionen und Stämme. Er forderte von seinen Untertanen Steuern, militärische Dienste und Loyalität, jedoch keine religiösen Bekenntnisse, geschweige denn patriotische, und so überzog ein Flickenteppich verschiedener religiöser, regionaler oder ethnischer Gesetzescodices das Reich. Organisatorische Verwaltungsgrundlage dieses Flickenteppichs war das *millet*-System (abgeleitet vom arabischen Wort *milla* für »Religionsgemeinschaft«). Demnach genossen die *millets*, also die organisierten, anerkannten religiös-politischen Gemeinschaften unter der Leitung ihrer je eigenen, zumeist religiösen Führer, das Recht auf eine gewisse Autonomie.

Arabischer Nationalismus und neue Staatlichkeit

Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg verlor das Osmanische Reich alle seine arabischen Provinzen an die europäischen Siegermächte und wurde 1922, als Kemal Atatürk die moderne türkische Republik auf laizistisch-nationaler Grundlage errichtete, aufgelöst. Im Jahr 1924 schaffte Atatürk das Kalifat offiziell ab – ein schwerer und bis heute nachwirkender Schlag für viele fromme Muslime, denn damit waren alle Ambitionen, zukünftig ein neues islamisches Großreich zu gründen, zunichte. Die neue, laizistisch-nationalistische türkische Republik konnte und wollte diese Lücke auch gar nicht füllen. In den Folgejahren entstand auf dem Gebiet des untergegangenen Osmanischen Reichs ein neues, regionales Staatensystem, dessen Grenzen im Wesentlichen durch Frankreich und Großbritannien festgelegt

wurden und für das sich die Bezeichnung »Sykes-Picot-System« eingebürgert hat. Der Name bezieht sich auf Mark Sykes und François Picot, einen britischen und einen französischen Diplomaten, die 1916 auf Geheiß ihrer Regierungen ein Abkommen über die Aufteilung der Nahostprovinzen des Osmanischen Reichs aushandelten. Kolonialoffiziere in Paris und London zogen damals buchstäblich mit dem Lineal auf der Landkarte die Grenzen von zukünftigen Staaten – ohne Rücksicht darauf, welche historisch gewachsenen Beziehungen die in ihnen lebenden Völker, Stämme und Konfessionsgruppen miteinander verbinden oder trennen mochten. Auch wenn Paris und London dieses Abkommen nach Kriegsende nicht eins zu eins umzusetzen vermochten, diente es dem Völkerbund doch als Grundlage für die Einrichtung von Mandaten. Darunter verstand man im frühen 20. Jahrhundert, das noch ganz vom sendungsbewussten Geist des europäischen Paternalismus und Imperialismus geprägt war, die Übertragung der Vormundschaft über Völker, die sich vermeintlich nicht selbst zu regieren vermochten, an »fortgeschrittene Nationen«. Der Völkerbund übertrug 1920 Großbritannien die Kontrolle über den Irak, über Palästina und Jordanien, während Frankreich die Kontrolle über das heutige Syrien und den Libanon zugewiesen bekam.

In den folgenden Jahrzehnten führten die Mandatsmächte auf ihren Territorien nach europäischen Mustern ausgerichtete Verwaltungsnormen und Rechtssysteme ein und versuchten, Nationalstaaten auf parlamentarisch-demokratischer oder konstitutionell-monarchischer Grundlage aufzubauen. Auch wenn sie die Mandatsgebiete schließlich nach und nach in die Unabhängigkeit entließen – Irak 1932, Jordanien, Libanon und Syrien 1943 und Palästina 1948 –, wahrten sie oft noch lange danach hinter den Kulissen ihren Einfluss in diesen Ländern. Ebendaran rieben sich arabisch-nationalistische Bewegungen und Parteien, die erst als Reaktion auf den osmanischen und dann auf den europäischen Imperialismus gegen Ende des 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstanden waren. Ihr Wider-

stand gegen den fortwirkenden Einfluss der alten europäischen Kolonialmächte gab ihnen Gelegenheit, sich zu profilieren. Sie forderten uneingeschränkte Freiheit und Unabhängigkeit, lehnten die Gültigkeit aller von Europas Mächten gezogenen willkürlichen Grenzen ab und schrieben sich nicht nur den Kampf gegen die Zerstückelung Arabiens auf ihre Banner, sondern auch den Aufbau einer von Marokko bis zum Golf reichenden großen arabischen Nation. Alle diese Forderungen wurden zum Kern des ideologisch-politischen Gründungsmythos dieser arabisch-nationalistischen Parteien, eines Mythos, der ihnen viele Anhänger und Sympathisanten quer durch alle Klassen und Schichten zuführte.

Der arabische Nationalismus wurde zur ersten wirklich bedeutsamen modernen Massenideologie der Araber, befriedigte er doch die Bedürfnisse vieler im Volk und in den herrschenden Eliten, die sich nach einem halben Jahrtausend des politischen und kulturellen Niedergangs unter osmanischer Herrschaft und mehreren Jahrzehnten europäischer Hegemonie danach sehnten, an die glanzvollen Epochen der arabisch-islamischen Großreiche anzuknüpfen und wieder stolz auf ihre eigene Geschichte und Identität sein zu können. Interessanterweise ließen sich viele arabische Nationalisten dabei von europäischen Ideen und dem Konzept eines auf Säkularismus und gesellschaftlicher Modernisierung gegründeten Nationalstaats beeinflussen. Europas Modelle dienten ihnen, wenngleich kaum je offen eingestanden, als Blaupausen für ihre eigene Vorstellung einer nationalen und politischen Identität aller Araber.

Dabei jagten viele arabisch-nationalistische Ideologen und Politiker von Anfang an einer Chimäre hinterher. In allen ideologischen Varianten des arabischen Nationalismus verschwammen die Grenzen zwischen Fiktion und Fakten. Berauscht von ihrer eigenen Propaganda und geblendet von den Trugbildern ihrer eigenen Ideologie, propagierten die Nationalisten die Idee von einer gemeinsamen Identität aller arabischen Völker vom Atlantik bis zum Persischen Golf. Dabei gab und gibt es

in Wahrheit gewaltige Unterschiede zwischen den betroffenen 22 Staaten, in denen mannigfache arabischsprachige Völker mit jeweils eigenen historisch gewachsenen Kulturen und Gesellschaftssystemen leben. Außer dem Festhalten am Hocharabischen, der *lingua sacra* des Korans und dem Medium der offiziellen Ansprachen wie der universitären Lehre, und außer einer mehrheitlich islamisch geprägten Identität teilen diese Araber wenig miteinander. Durch ihre je nach geographisch-historischem Kontext sehr eigenen sozialen Mentalitäten und ihre ausgeprägten Dialektsprachen sind sie weitaus weniger homogen, als es Europäern oft erscheint. Mauretanien hat mit Syrien so wenig gemeinsam wie Finnland mit Portugal. Ein Iraker, der das Hocharabisch nicht aktiv beherrscht, kann sich im eigenen Dialekt mit einem Marokkaner ebenso wenig verständigen wie ein Algerier mit einem Omani.